DÜSSELDORFER INSTITUT FÜR
AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK

DIAS

DIAS-Kommentar

Nr. 58 • August 2005

Wilko Wiesner

Terror zwischen Okzident und Orient – neue Kriege ohne Grenzen?

www.dias-online.org

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstr. 1 D-40225 Düsseldorf

Herausgeber
Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik e.V.
c/o Juristische Fakultät der Heinrich-Heine-Universität
Universitätsstraße 1 D-40225 Düsseldorf

www.dias-online.org

© 2010, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik (DIAS)

ISBN:

Terror zwischen Okzident und Orient – neue Kriege ohne Grenzen?

Terror zwischen Okzident und Orient – neue Kriege ohne Grenzen?
Ursachen, Symptome und Auswirkungen einer neuen Kriegsführung

„Der Krieg ist ein Akt der Gewalt, und es gibt in der Anwendung derselben keine Grenzen.“ Auch wenn der vielzitierte Carl von Clausewitz in seinem 1832 erschienen Werk Vom Kriege noch von dem klassischen Bild eines ausschließlich politisch geführten Krieges zwischenstaatlicher Natur ausging, so hat dieser Satz heute nicht in seiner Bedeutung eingebüßt. Vielmehr hat die heutige Kriegsführung etwa durch den Einsatz moderner Waffensysteme, durch die oft unüberschaubare Vielzahl von Akteuren und durch die Instrumentalisierung des internationalen Terrorismus als Mittel der Auseinandersetzung an Facettenreichtum gewonnen. Die Motive und Ursachen zur Begründung sowie die Anreize und Mechanismen zur Aufgabe von Gewaltkonflikten sind dabei in ihrer Gemengelage zudem wesentlich unschärfer geworden.
Zwar stehen die zwischenstaatlichen Kriege traditioneller Struktur wie etwa der Krieg im Irak noch immer im Licht der Weltöffentlichkeit. Daneben ist aber festzustellen, dass über 40 weitere gewaltsam ausgetragene Konflikte vornehmlich in Armuts- und Krisenregionen des Südens und Ostens nahezu in Vergessenheit geraten, bei denen es sich nur noch in Ausnahmefällen um zwischenstaatliche Konflikte sondern vielmehr um Auseinandersetzungen innerhalb von Staaten und in grenzüberschreitenden Kriegsregionen unter zunehmender Beteiligung nicht-staatlicher Akteure handelt. Der unlängst beendete 23 Jahre währende Bürgerkrieg im Südsudan, der sich freilich unter der Führung einer fast unüberschaubaren Anzahl von Rebellengruppen in und um die Provinz Darfur fortsetzt und bisher vermutlich über zwei Millionen Menschen das Leben gekostet hat , legt davon eindrucksvoll Zeugnis ab.
Daneben sind auch die Staaten des entwickelten Nordens Opfer der Kriegsführung geworden. Der Internationale Terrorismus in der Form der Anschläge auf das World Trade Center im September 2001, des Bombenattentats auf die Nahverkehrszüge Madrids im März 2004 und der jüngsten Anschläge in London im Juli 2005 haben die USA und Europa an ihren empfindlichsten Stellen getroffen. Damit hat sich auch für diese Staaten ein neuartiges Gefährdungsszenario ergeben.
Der Begriff des Krieges bedarf vor diesem Hintergrund einer gänzlich neuen Definition. Die nachfolgenden Kapitel sollen dazu schlaglichterartig das zusammenfassen und an Beispielen illustrieren, was in der neueren Literatur unter die Begriffe „Neue Kriege“ und „Internationaler Terrorismus“ subsumiert wird.

Die Neuen Kriege

Regionalisierte und internationalisierte Konflikte

Die sogenannten Neuen Kriege sind nicht länger zwischenstaatliche Kriege. Aber auch der Begriff der innerstaatlichen Kriege wird dieser neuen Form der Kriegsführung nicht unbedingt gerecht. Verstand man bislang als innerstaatlichen Krieg einen Konflikt, der in den Grenzen eines Staatsterritoriums zwischen den Streitkräften einer Regierung und einer bewaffneten Opposition um die Macht im Staat erfolgte, so greifen heute viele dieser Konflikte auf Nachbarstaaten über genauso wie substaatliche Akteure aus Nachbarstaaten in sie hineinwirken. Dieser spill over-Effekt kann etwa an den beiden Kriegen, die seit 1996 in der Demokratischen Republik Kongo geführt wurden und in denen gleich mehrere Nachbaarstaaten

(Ruanda, Uganda, Burundi, Angola und Simbabwe) sowie zahlreiche Rebellengruppen beteiligt waren, in den Konflikten der westafrikanischen Staaten Sierra Leone, Liberia und Guinea aber auch beispielsweise im Kaukasus nachgewiesen werden.
Dabei lässt sich immer wieder folgendes feststellen: Kriegsflüchtlinge überschreiten Grenzen, grenznahe Flüchtlingslager in Nachbarstaaten werden zu Rückzugs- und Rekrutierungsbasen für die bewaffnete Opposition, und Regierungstruppen nehmen bei deren Verfolgung keine Rücksicht mehr auf Staatsgrenzen. Die Folge sind „regionalisierte“ bzw. „internationalisierte“ Kriege im Rahmen eines mehrere Staaten umfassenden regionalen Konfliktsystems.

Entstaatlichung und Privatisierung

Staaten werden mithin zu Gewaltakteuren unter anderen. Sie „haben als faktische Monopolisten des Krieges abgedankt, und an ihre Stelle treten immer häufiger parastaatliche, teilweise sogar private Akteure“ . Mit einem Blick auf den Kreis der betroffenen Regionen der letzten zwanzig Jahre treten vor allem die Ränder und Bruchstellen einstiger Imperien (Balkan, Kaukasus, Palästina, Afghanistan, Kaschmir) sowie die ehemaligen Gebiete europäischer Kolonialmächte (Kongo, Horn von Afrika, Westafrika) hervor. In diesen Staaten sind die initiierten Staatsbildungsprozesse meist gescheitert. Als Ursachen mögen hier nur stellvertretend ethnische Konflikte, religiös-kulturelle Differenzen, die ungleiche Verteilung von Ressourcen und Bodenschätzen sowie die Dichotomie von modernen und traditionellen Herrschafts-, Verteilungs-, Organisations- und Konfliktlösungsstrukturen genannt sein.
Von einem staatlichen Gewaltmonopol kann nicht mehr ausgegangen werden. Die Staaten sind schwach, gescheitert oder gar völlig zerfallen, vor allem fehlt es meist an integren und korruptionsresistenten politischen Eliten. Auch ist die Eroberung der Staatsgewalt nicht weiter Ziel der Kriegsführung. Vielmehr treten andere als politische, vor allem wirtschaftliche Ziele in den Vordergrund.
Der zwischen 1988 und 1998 geführte Dschungelkrieg in Bougainville auf den Salomon-Inseln kann dafür prototypisch herangezogen werden: Hier war noch unter der australischen Kolonialverwaltung 1972 eine Kupfermine errichtet worden, die das Rückgrat der dortigen Volkswirtschaft bildete. Die erheblichen ökologischen Zerstörungen aber gefährdeten in erheblichem Maße die Existenzgrundlage der auf der Verbindung zum Land beruhenden traditionellen Lebensweise der Bevölkerung. 1988 kam es dann zu einer Sabotageaktion, die schnell zum Krieg eskalierte. Standen sich zu Beginn noch die weitgehend in ökonomischer Abhängigkeit befindliche und personell nicht im Landesteil verortete Zentralregierung sowie die Bougainville Revolutionary Army gegenüber, wandelte sich der Krieg zügig in eine Auseinandersetzung zwischen traditionell verfeindeten Clans. Daneben griffen ein multinationaler Bergbaukonzern, internationale Söldnerfirmen, die australische Regierung und die Streitkräfte der Zentralregierung in den Konflikt ein. Während des Krieges musste weit mehr als die Hälfte der Zivilbevölkerung ihren angestammten Wohnort verlassen. Flucht und Vertreibungen kennzeichneten das Kriegsgeschehen ebenso wie Raub, Plünderungen und Massaker. Durch Flüchtlingsbewegungen breitete sich den Konflikt ferner auf die angrenzenden Regionen der Salomon-Inseln aus. Nur die durch die neuseeländische Regierung vermittelten Gespräche und Verhandlungen, die sich die Konfliktlösungsmechanismen der noch äußerst traditionell durch Clanstrukturen geprägten Gesellschaften zunutze machten, konnte 1997 die sogenannte Burnam Truce Waffenruhe geschlossen werden, die schließlich 2004 in einer Verfassung und einer frei gewählten Autonomieregierung Bougainvilles resultierte.

Irregularität, Diffusion und Asymmetrie

Wie exemplarisch am vorgenannten Konflikt deutlich wird, drängt sich bei den meisten Neuen Kriegen der Eindruck chaotischer Kriegszustände auf: Die Kriegsführung richtet sich nicht

mehr so sehr gegen ein bestimmbares bewaffnetes Gegenüber, sondern vielmehr gegen die Zivilbevölkerung als solche. Es fehlen klare Frontverläufe. Massaker, Massenvergewaltigungen und Vertreibungen sind an der Tagesordnung. Auch die klassische Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten sowie zwischen Militärs und Zivilisten ist hinfällig geworden. Ganz besonders deutlich wird dies an den Kriegen im Kongo sowie den Konflikten am Horn von Afrika und in Westafrika. Die meisten dieser Konflikte, insbesondere das Geschehen rund um den Kongo, einem Land mit dem status quo einer Allparteienregierung aus 72 Ministern, in dem die Vereinten Nationen demnächst Wahlen veranstalten wollen, sind derart verworren, dass eine ausführliche Erörterung hier aus Gründen des Platzmangels schlechthin entfallen muss. Nur soviel: Seit dem Ausbruch des Konflikts im Jahre 1996 sind schätzungsweise 3,8 Millionen Menschen zu Tode gekommen. Die meisten Konflikte Zentralafrikas der letzten Dekade sind hier verzahnt: der Völkermord in Ruanda, der Bürgerkrieg zwischen Tutsi und Hutu in Burundi sowie der kongolesische Erbfolgestreit nach dem Sturz des Kleptokraten Mobutu. Im Ostkongo herrscht nach den enormen Migrationsbewegungen der vergangenen Jahre nunmehr eine hochexplosive ethnische Gemengelage, hungrige Soldaten, oft halbe Kinder, irren im Land umher und plündern ganze Dörfer und Städte. Daneben grassieren Seuchen wie die Cholera und AIDS. Die Bezeichnung „staatliche Struktur“ ist in diesem Zusammenhang kaum der Rede wert, und die rund 12.000 UNO-Blauhelme sind nicht annähernd in der Lage, dem Geschehen Herr zu werden. Wer also wann, wie und aus welchen Gründen bewaffnete Kampfaktionen durchführt, ist der Erklärung prima facie auch im Einzelfall nur schwerlich zugänglich.
Ein anderes Beispiel bildet der noch anhaltende Konflikt in dem Gebiet um die Stadt Falludscha in der irakischen Provinz Anbar: Gleich nach der Eroberung des Iraks entwickelte sich Falludscha zum schrillsten Schauplatz im Kampf zwischen Besatzungstruppen und Aufständischen. Obgleich die Amerikaner zunächst durch Entwaffnungen, später dann als Reaktion auf die wieder aufflammende Kontrolle des Gebietes durch die Rebellen in gezielten Aktionen wie die der Operation Phantom Fury im Januar 2005 die Situation einigermaßen stabilisieren konnten, setzen sich die Anschläge fort. Hunderte von Menschen in der Stadt mit gerade einmal 100.000 Einwohnern kamen seit Kriegsende ums Leben. Meist handelt es sich bei den Kampfhandlungen um Bombenattacken und gezielte Angriffe mit Maschinengewehren oder etwa Mörsern. Vor allem die aus der benachbarten Region außerhalb von Falludscha stammenden fanatisierten Legionäre des jordanisch-palästinensischen Terrorführers Zarqawi spielen eine entscheidende Rolle. Lediglich die äußerst starke Präsenz amerikanischer Truppen, die eine Vielzahl von Kontroll- und Beobachtungsposten installiert haben, vermag das Aufflammen neuer Anschläge durch das fast unüberschaubare Geflecht von kleineren Rebellengruppierungen in Zaum zu halten.

Kommerzialisierung und Schattenglobalisierung

Weiterhin bestimmen vielfach Akteure mit vornehmlich kommerziellen Interessen das Kriegsgeschehen. Die reichen Ressourcen des zerfallenden Staates - Coltan, Gold, Diamanten, und Tropenholz -, allen voran im Kongo, in Ruanda und Uganda sowie das Opium in Afghanistan, laden gerade dazu ein. Diese Kriegsunternehmer - von lokalen Warlords oder Guerillagruppen über weltweit operierende Söldnergruppen bis zu internationalen Terrornetzwerken - reproduzieren sich über Plünderung, Raub, Geiselnahme, Schutzgelderpressung, Schmuggel und Alimentierung durch reiche Privatleute, Staaten oder Emigrantengemeinden in der Diaspora. In einer Abwandlung eines berühmten Clausewitz-Diktums könnte man dieses Phänomen sogar als die „Fortsetzung der Ökonomie mit anderen Mitteln“ bezeichnen.
Die Akteure sind dabei über die Kanäle der Schattenglobalisierung auf vielfältige Weise mit der Weltwirtschaft verbunden und beziehen daraus die für die Weiterführung nötigen Ressourcen. “Todays succesful warlords may act locally but they think globally“ . Dieser Zugang

zu internationalen Kommunikationsstrukturen unterscheidet sie von den Warlords früherer Zeiten.
Beispielhaft für diesen Wandel kann die Situation in Afghanistan herangezogen werden: Mit dem Abzug der sowjetischen Truppen 1989 und dem Rücktritt des letzten kommunistischen Präsidenten Najibullah 1992 zerfiel das Land in unzählige Kleinreiche, die von lokalen Machthabern, gemeinhin als Warlords bezeichnet, regiert werden. Daran ändert bislang auch die Präsenz der International Security Assistance Force (ISAF) sowie die Einrichtung einer neuen Staatsregierung unter dem Präsidenten Hamid Karsai kaum etwas. Etwa einer von fünf erwerbstätigen Männern in dem Land, das schätzungsweise eine Analphabetenrate von 60 % vorlegt, ist als Milizionär tätig. Die Milizen haben sich größtenteils als „Kriegsunternehmen" etabliert, deren wesentliches Kapital ihre Waffen sind und deren Hauptbeschäftigung im Verkauf von Sicherheit besteht. Die Hauptaufgaben bilden dabei das Eintreiben von Steuern und Wegezöllen. Ein weiteres Einkommen stellt die finanzielle und militärische Unterstützung durch Länder wie Iran, Pakistan, Russland und den USA dar. Schließlich profitieren viele Milizen vom Anbau und Handel mit Opium. Ferner profitieren sie vom Schmuggel zwischen der Freihandelszone Dubai, dem Iran, den GUS Staaten und Pakistan. Das bisher vorherrschende Machtvakuum, das durch das Fehlen verlässlicher und starker staatlicher Organe wie Polizei und Armee entstand, wird von den Warlords dazu genutzt, das generelle Gefühl der Unsicherheit aufrechtzuerhalten, um ihre Existenz zu sichern. Zudem darf nicht unerwähnt bleiben, dass die Milizen eine wichtige soziale Funktion in den von langjährigen Gewaltakten zerrütteten Gesellschaften innehaben, indem sie einerseits bestimmte Regionen gezielt finanziell unterstützen, andererseits vielfach die Rolle eines Familienersatzes für die etlichen Waisen des Landes übernehmen. Daneben kontrollieren einige der Warlords ganze Wirtschaftssektoren des Landes: Gul Agha Shirzai etwa, der Gouverneur in Khandahar, hält das Monopol über Steinbrüche und Baustofffabriken in Südafghanistan, während Ahmad Wali, Vorsitzender der Partei der Nationalbewegung Afghanistans und ein Bruder des legendären Mudschaheddin-Führers Ahmad Schah Massud, die Lapislazuliminen in Badakhschan ausbeutet.

Keine kurzen Staatenkriege sondern lange innergesellschaftliche Konflikte
Ein weiteres Kennzeichen der Neuen Kriege ist, dass sie mehrheitlich nicht länger durch Rechtsakte wie Kriegserklärung und Friedensschluss bestimmt werden. Es existiert weder eine funktionierende Staatsstruktur noch können die Akteure trennscharf identifiziert werden. Abermals können die frühere Situation in Afghanistan, aber auch die Lage etwa im Sudan, in Palästina, in Liberia und im Kongo als Beispiele angeführt werden. In diesen Regionen konnten zwar immer wieder vorübergehende Friedensschlüsse besiegelt werden, die jedoch das Gewaltszenario mittelfristig kaum beeinflussten.
Wo keine Staatsmacht vorhanden ist, die mit Hilfe ihrer Exekutivorgane den Mehrheitswillen durchsetzt, bestimmen diejenigen über Krieg und Frieden, die die größte Gewaltbereitschaft haben. Wegen des starken Fokus auf die Zivilbevölkerung als Täter und Opfer zugleich, werden die Regeln des klassischen ius in bello ebenso hinfällig. Die meisten der Akteure verfolgen kein klares Ziel sondern gebrauchen die militärische Gewalt im Wesentlichen zum Zwecke der Selbsterhaltung. Damit entfällt der Anreiz zur dauerhaften Beendigung eines Konfliktes. Er kann im Prinzip endlos dauern, solange hinreichende Ressourcen zur Verfügung stehen. Dabei ist er oft als Krieg gar nicht mehr identifizierbar, weil keine Kampfhandlungen mehr stattfinden, bevor er plötzlich abermals wieder mit ungeahnter Intensität losschlägt. Dieser Verlauf wird heute auch mit dem Begriff des low intensity war umschrieben.

Der Internationale Terrorismus

Aus dieser Phänomenologie der Neuen Kriege ist der Internationale Terrorismus nicht mehr wegzudenken. Ihm kommt neben den Methoden der Kriege alter Art als Instrument der neuen Kriegsführung entscheidende Bedeutung zu.

Terrorismus als neue Gewaltstrategie

Für den traditionell innerstaatlichen oder zwischenstaatlichen Konflikt versteht sich der Terrorismus herkömmlich als Vorstufe, auf die der Partisanenkrieg und sodann die offene militärische Auseinandersetzung folgt.
Herkömmlich bildete der Terrorismus damit noch eine möglichst zügig zu durchschreitende Anfangsphase des bewaffneten Kampfes sowie eine Rückfallposition für den Fall, dass die zum Partisanenkampf übergegangenen Akteure unter massiven Druck geraten und in den Untergrund zurückkehren müssen.
Dieser herkömmlichen Funktionsanalyse steht das Erscheinungsbild einer gänzlich neuen Terrorismusform gegenüber. Sowohl bei den Anschlägen auf das World Trade Center am 11.09.2001 als auch bei dem Anschlag auf der tunesischen Ferieninsel Djerba am 11.04.2002 waren zivile Einrichtungen und nicht länger militärische oder staatliche Institutionen das Ziel der Terroristen. Ziel ist es nunmehr, die Gesellschaft an entscheidenden Schwachpunkten zu treffen und sie damit in ihrem psychologischen und demokratischen Kern zu treffen. So hätte es in Tunesien beispielsweise zu einem Erliegen der für das Land wirtschaftlich essentiellen Tourismusbranche kommen können, die dann in der Folge auch den Sturz des politischen Regimes bedingen kann. Ähnliches gilt für den internationalen Reiseverkehr nach dem 11.09.2001 oder auch nach den Anschlägen auf Bali. Damit hat sich die eigentliche Ebene der Auseinandersetzung auf den Terrorakt selbst verlagert.
Ferner geht es den Angreifern nicht mehr länger um die gegenseitige Entscheidungsschlacht, sondern darum, die eigenen Strukturen durch die Vermeidung eines Aufeinandertreffens möglichst flexibel zu erhalten und damit möglichen Gegenschlägen aus dem Weg zu gehen. Auch insofern ähnelt der heutige Terrorismus immer häufiger dem klassischen Verwüstungskrieg.

Neuer Terrorismus, neue Adressaten

Dieser Funktionswandel bedingt auch einen Wechsel des Angriffsziels. Waren bei den traditionellen Konflikten noch die Repräsentanten und Funktionsträger des staatlichen Repressionsapparats sowie Angehörige der sozial dominierenden Schicht die Adressaten terroristischer Gewaltentfaltung, so ist das neue Ziel die Zivilbevölkerung als solche. Da es nicht länger zur Strategie gehört, den konkreten Adressaten einzuschüchtern, zu erpressen oder gar herauszufordern, sondern vielmehr ein Angriff auf die psychische Infrastruktur ganzer Gesellschaften intendiert ist, ist auch die Auswahl der Angriffsziele unendlich größer geworden. Sie richtet sich nunmehr danach, wo der angegriffene Gegner schwach bzw. relativ leicht zu verletzten ist. Dies ist gerade nicht der militärische Apparat, sondern es sind die komplizierten wirtschaftlichen Strukturen, und innerhalb deren ist es vor allem die labile psychische Verfassung der Menschen in modernen Gesellschaften.

Asymmetrie als Strategie

Während früher im allgemeinen asymmetrische Konstellationen eher mit der Schwäche der Angreifer zu erklären waren, ist diese Perspektive einer zu erreichenden Symmetrie mit dem Gegner verabschiedet. Denn ein Übergang zur militärischen oder paramilitärischen Auseinandersetzung gehört nicht mehr länger zur Strategie. Daher ist auch Asymmetrie nicht mehr länger eine zeitlich begrenzte Notmaßnahme, sondern definitiver Schlüssel des Erfolgs.

Terroristen als Profiteure fragiler Staatlichkeit

Teilweise wird erkennbar, dass Terroristen gezielt die politische und wirtschaftliche Fragilität eines Staates zu ihrer Zweckerreichung ausnutzen. So sind es mit den klassischen Ländern Afghanistan, Saudi-Arabien, Jemen, Philippinen, Pakistan, Indonesien aber auch Marokko,

Tunesien, Malaysia, Usbekistan und Tadschikistan sowie freilich dem Irak nach 2003 oftmals Staaten, die etwa aufgrund von Mängeln in der Durchsetzung des staatlichen Machtmonopols, Korruption, religiös-kultureller Konflikte und dergleichen einen idealen Standort für die Rekrutierung, Ausbildung und für den Transit und die Versorgung der Terrororganisationen darstellen. Außerdem bieten viele dieser Staaten einen erleichterten Zugang zu den benötigten Ressourcen. Ferner lassen sich Geldmitteltransfers über Länder mit traditionell schwach institutionalisierten bzw. weitgehend unregulierte Finanz- und Bankensektor bequem abwickeln. Als Beispiel lässt sich einmal mehr Pakistan anführen: Obgleich das Militärregime unter General Pervez Musharraf seit 2002 immer wieder versichert hat, den Staat und vor allen Dingen das Bildungssystem zu säkularisieren, sind bis jetzt kaum nennenswerte Erfolge sichtbar. Vielmehr fördern die enge Verknüpfung von Militärs und Religiösen sowie die durchaus korrupten Systeme von Staat und Wirtschaft den Nährboden für terroristische Gruppierungen. Zudem wird Musharraf vorgeworfen, dass er noch immer Ausbildungslager im pakistanischen Teil Kaschmirs bewusst billige und der pakistanische Geheimdienst Isi nach wie vor die Taliban in erheblichem Maße unterstütze. Dass die fünf Attentäter von London ursprünglich aus Pakistan stammen, ist vor diesem Hintergrund nicht verwunderlich.

Dezentrale Netzwerk-Strukturen

Bei den prototypischen internationalen Terrororganisationen wie etwa al-Qaida handelt es sich um dezentrale, netzwerkartige Strukturen, die sich ungeachtet regionaler Schwerpunkte über den gesamten Globus erstrecken. Die Rekrutierung kennt keine wirklichen nationalen Grenzen mehr, und es sind oft verschiedene assoziierte Organisationen miteinander verbunden. Dies geschieht allerdings offenbar noch unter einer gemeinsamen Führungsebene, die hochgradig miteinander vernetzt ist, während einzelne Teile des Netzwerkes eher halbautonom agieren. Dies lässt sich einmal mehr an den jüngsten Anschlägen in London oder etwa in Scharm al Scheich ablesen. Hier waren es vermutlicherweise vor allen Dingen lokale und weitgehend autonome Gruppen, die die Anschläge planten und durchführten.

Privatisierung

Der moderne internationale Terrorismus ist zudem weitgehend privatisiert. Nicht nur, dass sich die Terrororganisationen aus vielen einzelnen Suborganisationen zusammensetzen, auch die Rekrutierung der Mitglieder erfolgt über Familien- oder Religionsgemeinschaften. Ferner erfolgt die Finanzierung weitgehend durch Diaspora-Gemeinschaften, Flüchtlinge, reiche Privatleute, Firmen, Stiftungen sowie religiöse oder „wohltätige“ Einrichtungen.

Der Internationale Terrorismus am Beispiel von al-Qaida

Diese Symptomatik lässt sich besonders eindrucksvoll an der Entwicklung der Terrororganisation al-Qaida ablesen.
Die Entwicklung der Organisation lässt sich in vier Phasen einteilen. Der Zeitraum zwischen der sowjetischen Invasion in Afghanistan 1979 und der eigentlichen Gründung der Organisation 1988 kann als Vorgründungsphase bezeichnet werden. Die USA unterstützten seinerzeit afghanische Oppositionsgruppen und Rebellenbewegungen, um der sowjetischen Invasion ein Gegengewicht entgegenzusetzen. Dabei standen vor allem finanzielle Hilfsleistungen sowie Waffenlieferungen im Vordergrund. Schnell war der Kontakt zwischen Abdallah Azzam, dem damaligen Manager des Islamic Coordination Council in Peshawar, und der einflussreichen und begüterten ursprünglich jemenitischen Familie Bin Laden aus dem saudischen Königreich hergestellt mit dem Ziel, weltweit islamische Kämpfer anzuwerben und militärisch auszubilden. Al-Qaida entstand dann 1988 nach der vorübergehenden Abkühlung des Konflikts in Af-

ghanistan, um die zahlreichen nichtafghanischen Kämpfer zu verknüpfen und deren Aktionen zu koordinieren. In der zweiten Phase (1988-1990) begann Bin Laden bereits, seine eher am Guerillakampf orientierte Organisation zu einer global tätigen Terrorgruppe umzuwandeln, indem er beispielsweise entsprechende Ausbildungs- und Trainingslager organisierte. In der dritten Phase (1990-1996) wurden die Aktivitäten erheblich ausgeweitet, vor allem durch die Entsendung in Regionen wie den Süd-Philippinen, Bosnien, Kosovo, Tschetschenien, Kaschmir und Somalia. Daneben wurden lokale Terrorzellen unterstützt und Kontakte zu islamischen Führern, Terror- und Guerillatruppen von Nordafrika über den Nahen und Mittleren Osten bis nach Zentral- und Südasien geknüpft. In der vierten Phase schließlich fand ein Wandel in der Zielsetzung statt: Der Kampf richtete sich nicht länger gegen „korrupte Regime" sondern gegen Staaten des Westens, denen unterstellt wird, die islamisch geprägte Welt zu „unterdrücken".
Die Abfolge der darauf verübten terroristischen Anschläge in der westlichen Welt – allen voran der Anschlag auf das World Trade Center und das Pentagon im September 2001 – ist hinlänglich bekannt. Interessant sind allerdings die Arbeitsstrukturen der dahinter stehenden Terrororganisation(en): Bei al-Qaida handelt es sich um eine multi-nationale Organisation. Schätzungsweise 20.000 Muslime aus aller Welt sollen in den afghanischen Trainingsteams Osama bin Ladens zu Terroristen ausgebildet worden sein. Ein Großteil dieser Kämpfer unterstützt das Netzwerk der Organisation bis heute. Sie leben verstreut in über 40 Staaten und betreiben eigenständige Terrorzellen, die dabei durch eine gemeinsame Struktur aus privaten Geldgebern, lokalen Religionsgemeinschaften und die gemeinsame Ideologie des jihad zusammengehalten werden. Diese bilden damit ein „network of networks" . Ob die anfänglich vorhandene gemeinsame Dachorganisation unter der Führung bin Ladens, Sawahiris und al-Sarqawis noch existiert, ist vor dem Hintergrund intensiver internationaler Bekämpfungsmaßnahmen allerdings höchst zweifelhaft. Vielmehr haben die einzelnen Suborganisationen eine gewisse Eigendynamik entwickelt. Dass etwa der Anschlag in Madrid im März 2004 oder aber auch jüngst in London am 07.07.2005 und Scharm al Scheich am 23.07.2005 trotz der intensiven Jagd auf die al-Qaida-Führer möglich war, liegt wohl vor allem an der dezentralen Struktur des vom „Hass gegen den Westen" angetriebenen Netzwerks, unter deren Dach Zweigstellen wie etwa die der Salafistengruppe Islamischer Kämpfer in Marokko, der Salafistengruppe GSPC in Algerien oder der Brigaden des Abu Hafs al Masri in Großbritannien autonom mit der Unterstützung privater Geldgeber weiterhin neue Mitglieder anwerben und Anschläge auf den psychologischen Kern westlicher Gesellschaften verüben.

Schlussbetrachtung

Es lässt sich folglich feststellen, dass sowohl der Begriff des Krieges als auch der des Internationalen Terrorismus unter veränderten Vorzeichen verstanden werden müssen. Augenscheinliche Voraussetzungen für beide sind fragile nationalstaatliche Bedingungen meist postkolonialistischer Prägung, deren Gesellschaften auf der Suche nach einer „kollektiven Identität auf der Basis einer Kombination von primordialen (historischen, territorialen, sprachlichen, ethnischen) Faktoren bzw. Symbolen und politischen Grenzen" immer neue Konflikte um einen gemeinsamen Nationalstaat und den Status von Minderheiten in ihm hervorbringen, ebenso wie eine global vernetzte Wirtschaftsstruktur. Die Motive der Gewaltanwendung sind daher auch nicht länger auf politische Zielsetzungen beschränkt.
Sowohl für die Neuen Kriege als auch für den Internationalen Terrorismus gilt, dass mehrheitlich Private in einer Vielzahl von Organisationsformen agieren, und dass die Gewaltentfaltung nicht länger regional beschränkt ist, sondern weit über das ursprünglich betroffene Gebiet hinausgreifen kann. Ferner hat sich das Angriffsziel vornehmlich von einem mehr oder weniger eindeutig bestimmbaren Gegner auf die Zivilbevölkerung als solche verschoben. Dabei wird die Asymmetrie der neuen Kriegsgegner strategisch genutzt. Ein weiteres Erkennungs-

merkmal ist die gezielte Instrumentalisierung der ideologischen und religiösen Verwurzelung vornehmlich islamisch geprägter Gesellschaften einerseits als Rechtfertigungsgrundlage der Gewalt, anderseits mit dem Ziel der Rekrutierung immer neuer kostengünstiger und aufopferungsbereiter Söldner.
Mithin hat diese Kriegsführung moderner Art ihre herkömmlichen Grenzen eingebüßt. Die oft zum Ausdruck kommende Perzeption der Grenzenlosigkeit dieser Kriege, kann jedoch wiederum nicht hingenommen werden. Es ergeben sich vielmehr neuerliche Herausforderungen an die wirksame strategische Bekämpfung jener Konflikte und Akte terroristischer Gewalt:
Da eine strikte Trennung zwischen dem Zustand des Krieges und dem eines Nichtkrieges nicht länger möglich erscheint, werden die allgemeingültigen Muster der Kriegsbeendigung (Auszehrungs-, Verhandlungs-, Sieg- und Erzwingungsfrieden) ergänzungsbedürftig. Es handelt sich mehrheitlich um Transformationsprozesse, bei denen neben den politischen die jeweiligen gesellschaftlichen Kontexte vor Ort sowie im regionalen und globalen Umfeld mit einbezogen werden müssen. Subjektive Faktoren, Ideologien, Nationalismen, Ethnizität und Religion müssen genauso Berücksichtigung finden wie die Kosten-Nutzen-Kalküle autonomer Akteure. Aus diesem Grunde wird teilweise auch die Instrumentalisierung der auf customary law beruhenden traditionellen Konfliktbearbeitungssysteme vorgeschlagen.
Daneben spielen die Mechanismen des post-conflict peacebuilding zur Sicherung des dauerhaften Friedens eine entscheidende Rolle: Es gilt in einer Art mehrdimensionaler Friedenskonsolidierung die sicherheitspolitischen, politischen, rechtsstaatlichen, ökonomischen und sozialen Elemente der betroffenen Staaten dauerhaft zu stabilisieren. Der Internationalen Staatengemeinschaft sowie den Medien und Menschenrechtsorganisationen als watchdogs kommt dabei die Funktion einer quasi vierten Gewalt zu. Allerdings steckt schon die Entwicklung entsprechender völkerrechtlicher Maßnahmen der rechtsstaatlichen Post-Konflikt-Bewältigung wie etwa die Ad-hoc-Tribunale oder aber die Einrichtung von sogenannten Truth Commissions noch weitestgehend in den Kinderschuhen.
Eine analoge Weiterentwicklung des Völkerrechts, sowohl des ius ad bellum als auch des ius in bello, insbesondere auch mit dem Fokus auf die hinreichenden Legitimität humanitärer Interventionen und friedenssichernder Maßnahmen, aber auch des Rechts der Besatzung und des Rechts der Internationalen Strafgerichtsbarkeit, ist damit unumgänglich.
Bei der Bekämpfung des Internationalen Terrorismus hingegen muss zwischen operativen und strukturellen Handlungsformen unterschieden werden. Operativ kann versucht werden, etwa durch militärische Interventionen, Verbot oder Austrocknung von Finanzquellen bestehende Terrornetzwerke zu vernichten. Strukturell und damit vornehmlich präventiv muss die Bildung von terroristischen Strukturen verhindert werden. Hier geht es vor allem um die Stärkung von staatlichen Strukturen und die wirtschaftliche Modernisierung, die Eindämmung des Waffenhandels sowie die Stärkung von Regimen zur Nichtverbreitung von ABC-Waffen.
Aber auch die Kooperation mit moderaten islamischen Staaten und Gruppierungen kann ein wirksames Mittel sein, um den Zulauf in Richtung der radikaleren Organisationen zu verhindern.
Darüber hinaus wird für die entwickelten Gesellschaften der westlichen Welt, die vor allem in ihrer Psychologie und dem Glauben an die innere und äußere Sicherheit des Staates getroffen werden können, eine Einstellung der „heroischen Gelassenheit“ vertreten, die für terroristische Angriffe weniger Anreize lassen soll. Dass nach den Anschlägen von Scharm al Scheich nur verhältnismäßig wenige Reisen storniert wurden , könnte darauf hinweisen, dass eine solche Einstellung sogar realistisch sein kann.
Ob die Staatsführungen der westlichen Welt, insbesondere die USA und die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union – im letzteren Falle auch mit Hinsicht auf die Sicherheitslage in der unmittelbaren Nachbarschaft etwa auf dem Balkan –, neben ihren nationalen polizeilichen und nachrichtendienstlichen Maßnahmen diese strategischen Bekämpfungsmöglichkeiten auszuschöpfen wissen, wird wohl über die wirksame Eindämmung der über 40 akuten Kri-

senherde dieser Welt wie auch über den Aufstieg und Fall des Internationalen Terrorismus in den nächsten Jahren maßgeblich mitentscheiden.
Gerade die Entwicklung in den Staaten zwischen Okzident und Orient wird dabei zu einem großen Teil das Wohl und Wehe einer solchen effektiven Terrorismusbekämpfung bestimmen.

DIAS-Kommentare

1	Alexander Alvaro Der globalisierte Terror	29. April 2003
2	Michaela Hertkorn Why do German-US Relations matter to the Transatlantic Relationship	17. Juni 2003
3	Henricke Paepcke Die Rolle der UNO im Nachkriegs-Irak	17. Juni 2003
4	Panagiota Bogris Von Demokratie und Bildung im Irak nach Saddam Hussein	18. Juli 2003
5	Ulf Gartzke Wirtschaft und Gesellschaft: Eine Partnerschaft ohne Alternative	19. Juli 2003
6	Lars Mammen Herauforderung für den Rechtsstaat – Gerichtsprozesse gegen den Terroristen	11. September 2003
7	Ulf Gartzke Von der Wirtschaft lernen heißt voran zu kommen	21. September 2003
8	Daniel J. Klocke Das Deutsche Völkerstrafgesetzbuch – Chance oder Farce	21. September 2003
9	Elizabeth G. Book US Guidelines a Barrier to German-American Armaments Cooperation	10. Oktober 2003
10	Dr. Bastian Giegerich Mugged by Reality? German Defense in Light of the 2003 Policy Guidelines	12. Oktober 2003
11	Barthélémy Courtment Understanding the deep origins of the transatlantic rift	22. Oktober 2003
12	Rolf Schwarz Old Wine, New Bottle: The Arab Middle East after September 11th	09. November 2003
13	Ulf Gartzke Irrelevant or Indispensable? – The United Nations after the Iraq War	15. November 2003
14	Daniel J. Klocke Das Ende der Straflosigkeit von Völkerrechtsverbrechern?	15. November 2003
15	Panagiota Bogris Erziehung im Irak – Ein Gewinn von Bedeutung	21. November 2003
16	Jessica Duda Why the US counter – terrorism and reconstruction policy change?	21. November 2003
17	Elizabeth G. Book Creating a Transatlantic Army: Does the NATO Response Force subvert the European Union?	29. November 2003
18	Holger Teske Der blinde Rechtsstaat und das dreischneidige Schwert der Terrorismusbekämpfung	29. November 2003
19	Niels-Jakob Küttner Spanische Momentaufnahme: 25 Jahre Verfassung	11. Dezember 2003

20	Unbekannt Der große europäische Teppich	11. Dezember 2003
21	Unbekannt Die Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und ihre Auswirkungen auf das System Internationaler Friedenssicherung	14. Januar 2004
22	Dimitrios Argirakos Marx reloaded – einige Gedanken zum 155 Jährigen Jubiläum des kommunistischen Manifestes	08. März 2004
23	Ulf Gartzke Regime Change à la El Kaida	20. März 2004
24	R. Alexander Lorz Zur Ablehnung des Annan-Plans durch die griechischen Zyprer	27. April 2004
25	Alexander Siedschlag Europäische Entscheidungsstrukturen im Rahmen der ESVP: Möglichkeiten und Grenzen der Harmonisierung	02. Mai 2004
26	Niels-Jakob Küttner Mission stabiler Euro: Eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ist dringend notwendig	17. Juni 2004
27	Karim Zourgui Die innere Selbstbestimmung der Völker im Spannungsverhältnis von Souveränität und Entwicklung	02. Juli 2004
28	Dimitrios Argirakos Rückkehr zum Nationalismus und Abschied von der Globalisierung	02. Juli 2004
29	Alexander Alvaro Man zäumt ein Pferd nicht von hinten auf – Biometrische Daten in Ausweisdokumenten	14. Januar 2005
30	R. Alexander Lorz Zurück zu den "Vereinigten Staaten" von Europa	14. Januar 2005
31	Harpriye A. Juneja The Emergence of Russia as Potential Energy Superpower and Implications for U. S. Energy Security in the 21st Century	22. Januar 2005
32	Joshua Stern NATO Collective Security or Defense: The Future of NATO in Light of Expansion and 9/11	22. Januar 2005
33	Caroline Oke The New Transatlantic Agenda: Does it have a future in the 21st Century?	22. Januar 2005
34	Dustin Dehez Globalisierte Geopolitik und ihre regionale Dimension. Konsequenzen für Staat und Gesellschaft	01. Februar 2005
35	Marwan Abou-Taam Psychologie des Terrors - Gewalt als Identitätsmerkmal in der arabisch-islamischen Gesellschaft	01. Februar 2005
36	Dimitrios Argirakos Die Entente der Halbstarken, die neue Weltordnung und Deutschlands Rolle in Europa	10. Februar 2005

37	Jessica Heun Die geplante Reform der Vereinten Nationen umfasst weit mehr als die Diskussion um einen deutschen Sitz im Sicherheitsrat wiedergibt...	17. Februar 2005
38	Dustin Dehez Umfassender Schutz für Truppe und Heimat?	01. März 2005
39	Dimitrios Argirakos Über das Wesen der Außenpolitik	02. Mai 2005
40	Babak Khalatbari Die vergessene Agenda- Umweltverschmutzung in Nah- und Mittelost	02. Mai 2005
41	Panagiota Bogris Die Überwindung von Grenzen – Toleranz kann man nicht verordnen	09. Mai 2005
42	Jessica Heun Quo vadis Roma?	17. Mai 2005
43	Patricia Stelzer Politische Verrenkungen - Schröders Wunsch nach Neuwahlen trifft auf Weimarer Spuren im Grundgesetz	27. Mai 2005
44	Daniel-Philippe Lüdemann Von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit von Non–governmental Organisations	02. Juni 2005
45	Dr. Michaela Hertkorn France saying 'Non' to the EU Constitution and Federal Elections in Germany: The likely Impact on Intra – European Dynamics and Transatlantic Relations	03. Juni 2005
46	Babak Khalatbari Freihandel versus Demokratisierung: Die euromediterrane Partnerschaft wird 10 Jahre alt	04. Juni 2005
47	Edward Roby A hollow economy	13. Juni 2005
48	Patricia Stelzer Operation Murambatsvina - Mugabes „Abfallbeseitigung“ in Simbabwe steuert auf eine humanitäre Katastrophe hinzu	02. Juli 2005
49	Lars Mammen Terroranschläge in London – Herausforderungen für die Anti-Terrorismus-politik der internationalen Gemeinschaft und Europäischen Union	08. Juli 2005
50	Daniel Pahl Die internationale Ratlosigkeit im Fall Iran	19. Juli 2005
51	Michaela Hertkorn An Outlook on Transatlantic Relations – after the 'no-votes' on the EU constitution and the terror attacks in London	22. Juli 2005
52	Dustin Dehéz Der Iran nach der Präsidentschaftswahl – Zuspitzung im Atomstreit?	24. Juli 2005
53	Edward Roby Who 'll stop the winds?	29. Juli 2005
54	Patricia Stelzer Lost in global indifference	01. August 2005

55	Dustin Dehéz Der Friedensprozess im Südsudan nach dem Tod John Garangs	04. August 2005
56	Dr. Dimitrios Argirakos Die diplomatische Lösung im Fall Iran	12. August 2005
57	Jessica Heun Entsteht mitten in Europa eine neue Mauer?	23. August 2005
58	Wilko Wiesner Terror zwischen Okzident und Orient – neue Kriege ohne Grenzen?	31. August 2005
59	Edward Roby Where do Jobs come from?	04. September 2005
60	Lars Mammen Remembering the 4th Anniversary of 9-11	11. September 2005
61	Ulf Gartzke The Case for Regime Change in Berlin And Why It Should Matter to the U.S	16. September 2005
62	Sascha Arnautovic Auge um Auge, Zahn um Zahn: Im Irak dreht ich die Spirale der Gewalt unaufhörlich weiter	27. September 2005
63	Dustin Dehéz Ballots, Bombs and Bullets – Tehran's stirrings in Southern Iraq	25. Oktober 2005
64	Michaela Hertkorn Security Challenges for Transatlantic Alliance: an Initial Assessment after German Elections	07. November 2005
65	R. Alexander Lorz The Eternal Life of Eternal Peace	07. November 2005
66	R. Alexander Lorz International Constraints on Constitution - Making	08. November 2005
67	Unbekannt The NATO Response Force – A 2006 Deliverable?	15. November 2005
68	Jessica Heun 10 Jahre nach Dayton – Selbstblockade statt Entwicklung	15. November 2005
69	Hendrik Schulten Wie ist die Feindlage? Umwälzungen im Bereich des Militärischen Nachrichten-wesens der Bundeswehr	02. Dezember 2005
70	Edward Roby Transatlantic financial market: integration or confrontation?	12. Dezember 2005
71	Dustin Dehéz Terrorism and Piracy – the Threat Underestimated at the Horn of Africa	25. Dezember 2005
72	Franz Halas/Cornelia Frank Friedenskonsolidierung mit polizeilichen Mitteln? Die Polizeimission EUPOL-PROXIMA auf dem Prüfstand	16. Januar 2006
73	Mark Glasow Neue strategische Überlegungen zur Rolle des Terrorismus` auf der internationalen Bühne	07. Februar 2006

74	Ulf Gartzke What Canada' s Prime Minister can learn from the German Chancellor	09. Februar 2006
75	Edward Roby Control of oil is dollar strategy	13. Februar 2006
76	Dr. Lars Mammen Erster Prozess zum 11.September 2001 in den USA – Beginn der richterlichen Aufarbeitung?	10. März 2006
77	Edward Roby New asset class for cosmopolitan high rollers	18. März 2006
78	Daniel Pahl Thoughts about the military balance the PRC and the USA	18. März 2006
79	Dustin Dehéz Deutsche Soldaten ins Herz der Finsternis? Zur Debatte um die Entsendung deutscher Truppen in die Demokratische Republik Kongo	18. März 2006
80	Lars Mammen Zum aktuellen Stand der Debatte in der Generalversammlung um eine Umfassende Konvention gegen den internationalen Terrorismus	26. März 2006
81	Edward Roby Clocking the speed of capital flight	17. April 2006
82	Ulf Garztke Turkey's Dark Past and Uncertain Future	17. April 2006
83	Lars Mammen Urteil im Prozess um die Anschläge vom 11. September 2001 – Lebenslange Freiheitsstrafe für Moussaoui	04. Mai 2006
84	Jessica Heun See no evil, hear no evil, speak no evil... sometimes do evil	23. Mai 2006
85	Tiffany Wheeler Challenges for a Transatlantic Cohesion: An Assessment	23. Mai 2006
86	Dustin Dehéz Obstacles on the way to international recognition for Somaliland	29. Mai 2006
87	Dustin Dehéz Islamismus und Terrorismus in Afrika – Gefahr für die transatlantischen Interessen?	01. Juni 2006
88	Samuel D. Hernandez Latin America' s Crucial Role as Transatlantic Player	21. Juni 2006
89	Sarabeth K. Trujillo The Franco – American Alliance: The Steel Tariffs, Why the Iraq War Is Not A Deal – Breaker, & Why the Alliance Still Matters	21. Juni 2006
90	Matthew Omolesky Polish – American Security Cooperation: Idealism, Geopolitics and Quid Pro Quo	26. Juni 2006
91	Eckhart von Wildenradt A delicate Relationship: Explaining the Origin of Contemporary German and French Relations under U.S. Hegemony 1945 - 1954	26. Juni 2006

92	Gesine Wolf-Zimper Zuckerbrot und Peitsche - zielgerichtete Sanktionen als effektives Mittel der Terrorbekämpfung?	01. Juli 2006
93	Edward Roby The geopolitics of gasoline	10. Juli 2006
94	Michaela Hertkorn Gedanken zu einer Friedenstruppe im Südlibanon	01. August 2006
95	Edward Roby Germany's 2% boom	11. September 2006
96	Lars Mammen Die Bekämpfung des Internationalen Terrorismus fünf Jahre nach den Anschlägen vom 11. September 2001	12. September 2006
97	Dustin Dehéz Running out of Options – Reassessing Western Strategic Opportunities in Somalia	28. September 2006
98	Edward Roby Asian energy quest roils worldwide petroleum market	02. Oktober 2006
99	Christopher Radler Ägypten nach den Parlamentswahlen	11. Oktober 2006
100	Michaela Hertkorn Out-of-Area Nation – Building Stabilization: Germany as a Player within the NATO- EU Framework	16. November 2006
101	Raphael L'Hoest Thailändische Energiepolitik – Erneuerbare Energien: Enormes Potenzial für Deutsche Umwelttechnologie	10. Januar 2007
102	Klaus Bender The Mistery of the Supernotes	11. Januar 2007
103	Dustin Dehéz Jahrhundert der Ölkriege?	11. Januar 2007
104	Edward Roby A Nutcracker for Europe's energy fantasies	14. Januar 2007
105	C. Eduardo Vargas Toro Turkey' s Prospects of Accession to the European Union	25. Januar 2007
106	Unbekannt Davos revives Doha: Liberalized world trade trumps bilateral talk	30. Januar 2007
107	Edward Roby Healthy market correction or prelude to a perfect storm?	19. März 2007
108	Edward Roby Upswing from nowhere	25. Mai 2007
109	Daniel Pahl Restraint in interstate – violence	29. Juni 2007
110	Michaela Hertkorn Deutsche Europapolitik im Zeichen des Wandels: Die Deutsche EU-Ratspräsidentschaft aus der Transatlantischen Perspektive	02. Juli 2007

111	Tatsiana Lintouskaya Die politische Ausgangslage in der Ukraine vor der Wahl	10. August 2007
112	Edward Roby Western credit crunch tests irreversibility of globalization	10. August 2007
113	Holger Teske Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit: Der Niedergang der fünften Republik?	31. August 2007
114	Edward Roby Euro shares reserve burden of wilting dollar	22. Oktober 2007
115	Peter Lundin The Current Status of the Transatlantic Relationship – 4 Points of Consideration	07. November 2007
116	Michaela Hertkorn Challenge of Successful Post – War Stabilization: More Questions than Answers for the NATO-EU Framework	01. Dezember 2007
117	Dimitrios Argirakos Merkels Außenpolitik ist gefährlich	07. Dezember 2007
118	Edward Roby Crisis tests paradigm of global capital – a European perspective	07. Dezember 2007
119	Dr. Christian Wipperfürth Afghanistan – Ansatzpunkt für eine Zusammenarbeit Russlands mit dem Westen	05. Januar 2008
120	Dustin Dehéz Somalia – Krieg an der zweiten Front?	06. Februar 2008
121	Edward Roby Can Europe help repair the broken bubble?	10. Februar 2008
122	Dr. Christian Wipperfürth Bevölkerungsentwicklung in langer Schicht: Mittel und langfristige Konsequenzen	18. März 2008
123	Philipp Schweers Jemen vor dem Kollaps?	18. März 2008
124	Philipp Schweers Pakistan – Eine „neue Ära wahrer Politik“ nach der Wahl?	01. April 2008
125	Christian Rieck Zur Zukunft des Völkerrechts nach dem 11.September – Implikationen der Irakintervention	02. April 2008
126	Christian Rieck Iran and Venezuela: A nuclear "Rogue Axis" ?	02. April 2008
127	Philipp Schweers Towards a " New Middle East" ?	09. April 2008
128	Christian Rieck Ein Versuch über die Freiheit - Nur die Freiheit von heute ist die Sicherheit von morgen	02. Mai 2008
129	Christopher Radler Islamischer Fundamentalismus und Geopolitik – vom europäischen Kolonialismus bis zum Globalen Dschihad	06. Mai 2008

130	Ulrich Petersohn Möglichkeiten zur Regulierung von Privaten Sicherheitsunternehmen (PSF)	09. Mai 2008
131	Edward Roby Food joins energy in speculative global price spiral	09. Mai 2008
132	Edward Roby Central Banks declare war on resurgent inflation	12. Juni 2008
133	Daniel Werdung Airbus vs. Boeing: Neue Tankerflugzeuge für die US - Luftwaffe	12. Juni 2008
134	Christian Rieck Bemerkung zum europäischen Traum	13. Juni 2008
135	Philipp Schweers Zukunftsbranche Piraterie?	13. Juni 2008
136	Philipp Schweers Yemen: Renewed Houthi - Conflict	19. Juni 2008
137	Philipp Schweers Iran: Zwischen Dialogbereitschaft, äußeren Konflikten und persischem Nationalismus	20. Juni 2008
138	Dustin Dehéz Der Ras Doumeira–Konflikt – ist ein Krieg zwischen Eritrea und Djibouti unausweichlich?	09. Juli 2008
139	Philipp Schweers A new security paradigm for the Persian Gulf	09. Juli 2008
140	Edward Roby Mission Impossible: Quell "stagflation" with monetary policy	27. August 2008
141	Edward Roby Wallstreet on welfare, dollar on Skid Row	25. September2008
142	Burkhard Theile Bankenkrise und Wissensgesellschaft	21. November 2008
143	Christopher Radler Die Anschläge von Mumbai als Machwerk al- Qa'idas?	30. Dezember 2008
144	Edward Roby Credit crisis starts to level global trade imbalances	14. Januar 2009
145	Daniel Pahl Barack H. Obama – Der amerikanische Präsident	20. Januar 2009
146	Christopher Radler Der Einfluss des Internets auf islamistische Gewaltdiskurse	29. Januar 2009
147	Christian Rieck The Legacy of the Nation – State in East Asia	29. März 2009
148	Edward Roby A recovery on credit	04. September 2009
149	Christopher Radler Anmerkungen zur Medienoffensive Al Qa´idas	28. Oktober 2009

150	Rana Deep Islam Zehn Jahre nach Helsinki – Die türkisch-europäischen Beziehungen in der Sackgasse	13. Dezember 2009
151	Edward Roby Devil gas takes blame for death and taxes	16. Dezember 2009
152	Vinzenz Himmighofen Ägyptens Grenzpolitik – Ein Balanceakt	15. Januar 2010

DIAS ANALYSEN stehen unter http://www.dias-online.org/31.0.html zum Download zur Verfügung.

Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik
2003 an der Heinrich-Heine Universität in Düsseldorf gegründet, versteht sich das DIAS als unabhängige, interdisziplinäre und wissenschaftliche Denkfabrik, die strategische Politikberatung für Kunden aus dem öffentlichen und dem privatwirtschaftlichen Sektor anbietet und als Plattform den Dialog und den Ideenaustausch zwischen Nachwuchskräften aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht bzw. moderiert. Das Institut organisiert zu diesem Zweck jährlich die Düsseldorfer Rede sowie weitere Veranstaltungen mit Vertretern verschiedener Anspruchsgruppen und stellt seine Arbeit der breiten Öffentlichkeit im Rahmen verschiedener Publikationsserien zur Verfügung.

© Copyright 2009, Düsseldorfer Institut für Außen- und Sicherheitspolitik,
Universitätsstraße 1 Geb. 24.91, D-40225 Düsseldorf, www.dias-online.org